

Wortliche



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeichnungen“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm - 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Voritz Ulstein. Verantwortlich für den Gesamtheft (außer dem Handelsblatt): Dr. Carl Misch, Berlin. Für Rücksendung unv. Manuskripte ist Porto beizufügen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Formdruck-Zentralia Ulstein: Am Dönhofsplatz 17 3000-3005, für den Formvertrieb Amt Dönhofsplatz 3006-3009. Telegramm-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Ueberfall Streiks in Spanien

Zusammenstöße mit der Polizei in Barcelona

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Madrid, 17. November

In Barcelona wurde der Generalstreik erklärt, und zwar, wie in Madrid, ohne die im Gegensatz vorzuziehende Antilösung. Im Laufe des Vormittags legten fast sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Auch der Straßenbahnverkehr ruht vollständig. Außer kleineren Zwischenfällen kam es auf dem Platz von Katalonien, dem Hauptplatz der Stadt, zu einem ersten Zusammenstoß mit der Gendarmarie.

Streikende wollten in das Gebäude der Telefongesellschaft eindringen, um die Überleitung des Dienstes zu erzwängen. Die sich dem widergebende Gendarmarie wurde mit Steinem beworfen, worauf sie mehrmals feuerte und einige Streikende verwundete. Anderswo wurden zwei Polizisten durch Steinwürfe verletzt.

Mehrere des Streits ist eine Solidarität mit Madrid, hauptsächlich aber die volle Anerkennung der tabakalen synthetischen Arbeiterorganisation. Ob der Generalstreik nur 24 Stunden dauern wird oder länger, steht noch dahin.

In Valencia und unmittelbaren Dörfern treten heute die Metall-, Holz- und Bauarbeiter in den Streik. In Granada wurde der Generalstreik ausgerufen. Für andere Städte beabsichtigt man

das gleiche in einigen Tagen. Die zahllosen Streiks in Spanien sind nur zum kleineren Teil Folgen weltlicher Unzufriedenheit der Arbeiter, zum größeren Teil sind sie der Beweis, daß scharf tabakal eingeeichtete allmählich die Führung der Arbeiterführung übernehmen, die bisherigen Führer sich stets allzu gemäßigt zeigten.

*

Der als Protest gegen die früheren Zusammenstöße zum Freitag von der Arbeiterführung proklamierte 24stündige Generalstreik in Madrid ist verhältnismäßig ruhig verlaufen. Die Straßenbahner und Arbeiter sowie alle lebenswichtigen Betriebe haben heute pünktlich ihre Arbeit wieder aufgenommen, nachdem es offenbar zu Störungen in der Brotversorgung der Hauptstadt gekommen war.

Ministerpräsident Benavente erklärte, der Generalstreik ist ungesetzlich und revolutionär, da er nicht mit der vorgeschriebenen Frist angetündigt worden sei. Das Vergehen der Polizei und Befolgung des am dem Ministerpräsidenten zum Freitag schuldigen Polizeihauptmanns.

Der Reichsrat arbeitet mit Hochdruck Einigung in den Ländern / Beamtengehälter ab 1. Februar gefürzt

Wehretat angenommen

Zwischen der Reichsregierung und den Ministerpräsidenten der Länder, die zum Abschluß der Reichsfinanzverhandlungen über das Finanzprogramm wieder nach Berlin gekommen sind, ist gestern über die letzten strittigen Punkte eine Verständigung erzielt worden.

Der Streit zwischen dem Reich und den Ländern ging vor allem über zwei Punkte. Der Reichsministerpräsident hatte für das nächste Jahr eine Kürzung der Länderrentenverwilligungen um 100 Millionen vorgeschlagen, weil die Länder im Vergleich mit der Beamtengehälter und 800 Millionen erfahren werden, und weiterhin war eine Senkung der Gemeindeversteuern durch ein besonderes Wehretatgesetz in Aussicht genommen. Die heute erzielte Einigung betrifft beide Punkte. Es bleibt dabei, daß die Wehretatüberwilligungen an die Länder um 100 Millionen genehmigt werden, aber als Ausgleich wird das Reich einmal den Ländern 50 Millionen in Wehretat-Bezugsausgaben als einmalige Leistung zur Verfügung stellen. Zum andern wird die föderale Kürzung der Beamtengehälter nicht erst ab 1. April, sondern am 1. Februar in Kraft treten.

Für die Länder bedeutet die Kürzung der Beamtengehälter in den Monaten Februar und März eine Erparnis von 45 Millionen, so daß sie von den 100 Millionen, die ihnen in nächsten Jahr abgezogen werden, also 80 Millionen aus dem Vermögensfonds des Reiches und 45 Millionen durch die Kürzung der Beamtengehälter, das Reich zusammen 65 Millionen, selbst einbringen. Allerdings ist die Kürzung der Lebensverwilligungen an die Länder um 100 Millionen für drei Jahre vorgesehen, während die diese genannten Gebührenerlöse nur im nächsten Jahr fallen werden. Für das Reich bedeutet diese Regelung einen Verlust von 14 Millionen, weil mit dem Inkrafttreten der 6prozentigen Gehaltskürzung die jetzt gültige 2 1/2prozentige Reichsgröße der Beamten von Reich, Ländern und Gemeinden in Wegfall kommt. Die zwei Monate Wehretat vom 1. Februar bis 1. April würde einen Ertrag von 34 Millionen Reichsreichs haben, während die föderale Kürzung der Beamtengehälter, aus der ja dem Reich lediglich die Erparnis an Gehältern der Reichsbeamten, nicht der Länder und Gemeinden, zufällt, nur einen Ertrag von 20 Millionen erbringen wird.

Das Reichsfinanzministerium hat inzwischen die Wehretat genehmigt, aber die bisher geplanten Abträge hinaus je 5 Millionen am Etat der Finanzverwaltung und am Verforgungsetat zu

streifen, so daß ein Teil der Ausfälle durch diese Wehretatparnisse wieder ausgeglichen wird.

In dem zweiten strittigen Punkt, in der Frage der Realsteuern, war ursprünglich eine generelle Kürzung der Realsteuern sämtlicher Gemeinden vorgesehen. Nunmehr ist vereinbart worden, daß die Gemeinde-Realsteuern nur in den Ländern gefürzt werden müssen, in denen seit 1926 eine Erhöhung der Realsteuern stattgefunden hat. Bei jeder Regelung wird zum Beispiel in Bayern eine Senkung der Realsteuern nicht notwendig, wohl aber in zahlreichem preußischen Gemeinden. Sonderregelungen sind noch für Sachsen und die Hansestädte vorgesehen.

Die Reichsfinanzminister haben weiterhin heute den Reichswahlgesetz in der vom Kabinett vorgeschlagenen Form angenommen, als einseitigliche des Kongresses B und des Marineausgabenprogramm. Die preußischen Anträge gegen den Vorgehensschluß und gegen das Marineausgabenprogramm sind abgelehnt worden, ebenso als der preußische Antrag der Ausgabenanfragen von je 10 Millionen bei den See- und Marineausgaben vorlag.

Schacht in San Franzisko

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung, 17. November

Vor dem Bund-Congress in San Franzisko wiederholte Schacht, daß Deutschland alle privaten Verpflichtungen bis auf den letzten Cent erfüllen werde, sollte aber dann die Kontrolle über die Prioritäten wieder auf, indem er betonte, daß die privaten Verpflichtungen Deutschlands nach den Reparationsausgaben tangierten. Wenn Deutschland gelistet würde, seinen Exportartikel auszubauen, würden die Privatfirmen und soviel von den Reparationsausgaben, wie nur möglich sei, bezahlt werden.

Schacht charakterisierte die Unmöglichkeit der Reparationsausgaben mit der Feststellung, daß die Alliierten bezugslos sind haben, daß sie niemals die Kriegsschulden bezahlen könnten. Aber obgleich sie einzeln nicht zu zahlen imstande seien, würden sie Deutschland ihre gesamten Schulden auf und glauben, Deutschland allein könne sie nunmehr bezahlen. Das sei natürlich unmöglich.

Wolpe diese einseitigen Verpflichtungen ergriffen, würde die Gesamtprospérité nicht zurückfallen können und würden immer wieder Störungen in den wirtschaftlichen Beziehungen auftreten.

Diktatur-Wahlen

Polens neues Parlament

Als Marschall Joseph Pilsudski im Mai 1926 an der Spitze eines Marinekorps über die große Weichselbrücke in Warschau einzog, jubelten ihm reichlich zwei Drittel des polnischen Volkes zu. Pilsudski selbst jedoch verfiel er über die Weichsel des polnischen Parlaments. Über diese Weichsel ist nicht mehr identisch mit der Weichsel des polnischen Volkes. Unter normalen Verhältnissen hätte der Pilsudski-Stoß kaum mehr als 90 bis 100 Siege erlangt. Heute hat er nun 444 Mandate 244.

Dieser Weichsel — wenn man das Wort Weichsel in diesem Zusammenhang überhaupt gebrauchen will — ist mit Weichseln erproben worden, die man als Palamann deshalb nicht anpreisen kann, weil eine so ungeheuerliche Weichselanstellung nicht in der weitesten Zeiten in irgendeinem Palamann nicht stattgefunden hat. Es ist im Laufe der letzten Wochen immer wieder davon berichtet worden, mit welchen Mitteln die Weichselanträge der Reichsregierung überall im Lande gegen die Opposition vorgegangen sind. Angefangen von der Beschaffung fast aller Oppositionsführer, über die schlimmsten Ordonnen bis der Ukraine bis zu der Erteilung von etwa 400 000 deutschen Wählern aus den Händen allein in Oberhessen, gibt es keine Methode der Terrorisierung und des Bruts, die nicht angewandt worden wäre, um ein dem Marschall genehmtes Parlament zu erzeugen.

Trotz alledem hat es zu einer verfassungsmäßigen Zweiteilnahme nicht gelangt. Die Terrormethoden, mit denen es gegliedert ist, die Mandatsabgabe der nationalen Minderheiten zu legitimieren, haben nicht hingereicht, um an allen Stellen die nationalpolitische Opposition zu vernichten zu schlagen, wie der Marschall und seine Mitarbeiter es sich gewünscht haben. Dabei hat sich das merkwürdige Bild ergeben, daß diejenigen Oppositionsfraktionen, die dem Pilsudski-Regime von allem Anfang an am herzlichsten gesonnen geblieben haben, nämlich die Rechtsopposition der Nationaldemokraten, ihre Mandatsabgabe beinahe verdoppeln konnten.

Man muß sich daran erinnern, daß es die den Nationaldemokraten nachfolgenden Regimenter waren, die dem Pilsudski-Staatsstreich von 1926 den einzig ernsthaften Widerstand entgegengesetzt haben. Pilsudski's Vertrauter, General Goltzowski, der damals in Polen das Kommando führte, muß seinen Selbstmordbesteh, als die ihm unterstellten Truppenteile entgegen seinem Befehl die Weichsel zu marschieren verweigerten, um die verfassungsmäßige Regierung Witos zu retten. General Goltzowski war heute den damals militärischen Versuch nicht wiederholten. Aber wenn er damals würde, hätte er heute mehr Grund dazu als damals. Wenn Zerow des Pilsudski-Streifes im Laufe von langen weichenfalls Jahren ist nicht gelungen, die Reichsopposition zu vernichten zu schlagen. Der Pilsudski, der bei den Wahlen im Jahr 1928 erlitt, hatte andere Gründe. Es ist im wesentlichen auf den damaligen wirtschaftlichen Aufschwung zurückzuführen, der als eine Folge der allgemeinen europäischen Konjunktur sich in Polen besonders stark bemerkbar machte und auch in Weichseln den Einbruch entziehen ließ, daß das Pilsudski-Regime wirklich, bei dem die Reichsopposition Polens zu errögen. Für dieses Ziel haben noch vor zwei Jahren viele Parteimitglieder von Wählern ihre nationalpolitischen Prinzipien aufgegeben, und sich für den damals zum erstenmal in Erscheinung tretenden Pilsudski-Wort entschieden.

Die Mißerfolge, die die Regierung in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte, haben hier jetzt den Auslöser nach der anderen Seite gegeben und, wie überall in der Welt, den Nationaldemokraten einen sehr bemerkenswerten Auftrieb verliehen.

Die neue Gewerkschaft ist allerdings dadurch wesentlich erleichtert worden, daß die Pilsudski treuen Elemente im Westen Polens ihre alte gute Gewerkschaft gegen die Reichsopposition zu errögen. Es war für die Weichselanträge der Reichsopposition Generalfraktionen einzig unmöglich, den Weichselkampf der Nationaldemokraten, der ganz offen mit einer antideutschen Parole geführt worden ist, ernsthaft zu befehlen, wenn sie selber gleichzeitig im Kampf gegen das Weichselintern der polnischen Staatsregierungen als die Hauptziel bestritten. Diese ist sich rein tatsächliche Schwächung der offiziellen Regierungsmöglichkeit in